

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ohnmächtige Verleumder.

Die neueste Bacmeisterei gegen Severing.

Der durch den Kaufmann Kluge-Knoll-Standfeldzug unruhmlüchsig bekannte Bacmeister, Herausgeber der wegen Severing-Belaidigung schon mehrmals gerichtlich gestäubten „Berg-Märk. Ztg.“ hat jetzt den schon angefündigten neuen Dreifeldzug gegen Severing begonnen. Er macht sich zum Sprachrohr eines angeblichen „Kaufmanns Schl.“, in dessen Namen er behauptet oder vielmehr andeutet, er habe Severing durch Zuwendungen aller Art zu seinem Werkzeug gemacht.

Die „Deutsche Zeitung“ des Putschisten Claß ist bisher das einzige Organ, das den ganzen Unsinn mit gewichtiger Miene abdruckt. Da im Lager der Verleumder aber immer mit verteilten Rollen gespielt zu werden pflegt, wird man heute Abend die moralisch-nationale Entrüstung wahrscheinlich auch bei den übrigen Kumpanen finden.

Ohne uns zunächst auf Einzelheiten einzulassen — Severing steht in seiner Bescheidenheit und Zurückhaltung wirklich nicht im Verdacht, sich von einem „Kaufmann Schl.“ mißbrauchen zu lassen — geben wir hier eine sachliche Darstellung wieder, die von einer Seite stammt, die Severing nahesteht:

Der Kaufmann Schlichting war bei Severing durch alte Parteifreunde eingeführt worden und es hatte sich eine allerdings einseitige, auf Schlichtings Seite recht aufdringlich betriebene Freundschaft entwickelt, deren Befundungen der in seinem Wesen sehr zurückhaltende Minister Severing sich nicht erwehren konnte. Aber nicht in einem einzigen Falle hat Minister Severing sich für Schlichting eingesetzt oder seinen dienstlichen Einfluß für Schlichting mißbraucht; Severing hat im Gegenteil ein Ersuchen nach dieser Richtung sofort und auf das allerentschiedenste zurückgewiesen.

Was nun die privaten Beziehungen zwischen beiden anbelangt, so kann an Hand der Akten und des ganzen Materials folgendes gesagt werden: Zwei Schecks über je 25 000 Papiermark, die Severing von Schlichting erhalten haben soll, stellen Darlehen an zwei sozialdemokratische Parteiblätter in der schweren Inflationsnot dar, unter der die gesamte deutsche Presse litt. Verschiedene sozialdemokratische Blätter haben damals innerhalb der Parteimitgliedschaft Darlehen durch Ausgabe kleiner Darlehensscheine ausgenommen. Genosse Severing selbst hat damals, wie so viele Parteigenossen, die in materiell etwas günstigerer Lage waren, eine ganze Anzahl solcher Darlehensscheine zugunsten von Parteiblättern erworben. Die beiden Schecks des Schlichting aber sind direkt, ohne daß Severing damit zu tun hatte, an die Parteiblätter in Minden und Bielefeld gegeben worden. Das Mindener Parteiblatt, die „Befreiwarte“, erscheint in der Heimat Schlichtings, der aus Lübbecke stammt, und diese 25 000 Papiermark haben einen Goldwert gehabt von 17,50 Reichsmark! Die 25 000 Papiermark an das Bielefelder Parteiblatt stellten einen Goldwert von 67,90 M. dar, denen aber eine Schuld des Schlichting an unser Bielefelder Parteiblatt in der Höhe von 398 Reichsmark gegenübersteht, und zwar ist diese Schuld, die das Darlehen um das sechsfache übersteigt, aus einer Ueberziehung eines Kontos des Schlichting entstanden — was strafrechtlich nicht ganz uninteressant ist.

Zu der Behauptung, Severing habe 300 000 Papiermark von Schlichting durch Ueberweisung an die Staatsbank erhalten, wird folgendes festgestellt: Es war in der Inflationszeit, als in einer Gesellschaft Schlichting sagte, daß jetzt alle Menschen spekulierten, jeder versuche, sein Geld festzuhalten, indem er an der Börse spiele, Sachwerte kaufe und dergl. mehr, nur Severing wolle nichts dergleichen tun. Schlichting redete auf Severing dringend ein, doch auch diese Zeitgewohnheit mitzumachen, Severing jedoch lehnte das kategorisch ab, da er keine mißbräuchlichen Gewinne haben wolle. Das posse ihm nicht. Ueberhaupt sei ihm das Geld vollkommen gleichgültig. Einige Zeit später erfuhr Severing von dem früheren Reichstagsabgeordneten Genossen Stahl zufällig, daß Schlichting, ohne Severing zu unterrichten und ohne daß Severing etwas davon wußte, noch gar ein gewöhnliches Konto, ein Spekulationskonto bei einer Bank angelegt hatte. Als Severing davon erfuhr, stellte er dem Schlichting kurz und bündig mit, er wolle das nicht, er wolle nichts mit der Börse zu tun haben, Schlichting möge dafür sorgen, daß dieses Konto sofort gelöscht würde. Schlichting erwiderte, er werde das tun, aber Severing kämen 300 000 Papiermark als Gewinn zugute. Darauf erwiderte Severing, dieses Geld möge dem neuerrichteten Konto für die streikenden Ruhrarbeiter bei der Staatsbank zugeführt werden. Da dieses Konto am 1. April errichtet wurde, die 300 000 Papiermark (entsprechend 60,27 RM.) schon am 28. März eintrafen, sind sie jedoch nicht auf das Ruhrarbeiterkonto, sondern auf ein Privatkonto Severings gutgeschrieben worden. Auch davon hat Severing erst später erfahren und nicht nur diese 60 Goldmark, sondern einen weit höheren Betrag aus Eigenem den Ruhrarbeitern zugewendet. Für diese Unterstüzung des Ruhrkampfes liegt eine ganze Reihe von Dankbriefen vor, darunter als erster das Schreiben eines deutsch-nationalen Hauptmanns, der sagt: „Wir wissen, daß Sie keine amtlichen Fonds haben, aber Sie geben immer!“

Die beiden Darlehn für die Zeitungen hat Severing nicht erbeten und nichts dazu getan, daß das Spekulationskonto gegen seinen ausdrücklichen Willen und ohne sein Wissen eingerichtet wurde und er hat ein Vielfaches des daraus entstandenen Gewinnes zur Unterstüzung der im Kampf stehenden Ruhrarbeiter verwendet.

Was nun die „Geschenke“ anbelangt, die Severing von dem Schlichting erhalten haben soll, so waren die Geschenke, die Schlichting nach seiner Einführung bei Severing durch alte Parteigenossen, die ihn als ein opferwilliges und bewährtes Parteimitglied vorstellten, stets unerwünscht und unangenehm. Diese Geschenke bestanden u. a. aus einem Silberkasten für Frau Severing zur Silbernen Hochzeit. Die sonstigen Geschenke, durch die Severing sich immer bedrückt fühlte, hat er in einem Umfang erwidert, daß es ihm materiell nicht leicht fiel, aber der Minister wollte niemandem irgendwie verpflichtet sein.

Severing hat schließlich die Beziehungen zu Schlichting abgebrochen; einige Zeit nachher kam Schlichting wieder zu Severing, um Hilfe in den finanziellen Schwierigkeiten zu erlangen, in die er inzwischen geraten war.

Obwohl Severing jenen „Bankgewinn“ längst und viel mehr noch dem Ruhrkampf zugeführt hätte, stellte Severing diesen Betrag ebenso wie die Geschenke Schlichting sofort zur Verfügung, zumal er für solche Prunkgegenstände gar keine Verwendung habe. In verschiedenen Fällen hatte Schlichting den Minister ersucht, zu seinen Gunsten in gewisse Kassendifferenzen einzugreifen, die zwischen Schlichting und einigen Landräten entstanden waren. Minister Severing hat nicht nur ein solches Eingreifen abgelehnt, sondern durch einen gemeinsamen Freund in Polizeipräsidentenstellung den betreffenden Landräten Jagen lassen, sie möchten außerordentlich vorsichtig sein, er habe alle Beziehungen zu dem Mann abgebrochen.

Schlichting hatte bei Banken und anderen Firmen mit der Freundschaft Severings renommiert, so daß die Banken usw. bei Severing Auskunft über Schlichtings wirtschaftliche Verhältnisse erbaten. Die Kopien der Antwortbriefe zeigen, daß Severing Erteilung derartiger Auskünfte abgelehnt hat.

Es besteht die größte Wahrscheinlichkeit, daß wenn Severing die Wünsche Schlichtings nach Geltendmachung seines Einflusses zu Schlichtings Gunsten erfüllt hätte, Schlichting noch heute „freundschaftlich“ ihm zugetan sein würde. Da Schlichting sich in dieser Erwartung getäuscht sah, ist er zu den erbittertesten Feinden Severings als „Materiallieferant“ übergegangen.

Dieser „Lieferant“ ist aber ein überaus leistungsschwacher. Der Versuch, mit seiner Hilfe Severing zur Strecke zu bringen, ist von vornherein zum Mißerfolg verurteilt. Denn schließlich ist in sechs Jahren Ministerstätigkeit der Genosse Severing auch anderen Leuten bekannt geworden. Und jeder weiß, daß man gerade diese in Minister am allerwenigsten Uebles nachreden kann, so erfinderisch die Klatschbasen auch sein mögen.

Regierungsbildung in Griechenland.

Ein Kabinett des sozialen Ausgleichs.

Athen, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) In den gestrigen Abendstunden ist die Kabinettsbildung vollzogen worden. Das Kabinett, das unter der Ministerpräsidentenschaft des Führers der Revolution General Kondilis steht, hat den Eid in den Händen des Präsidenten der Republik Admirals Kondoriotis abgelegt. Ministerpräsident Kondilis hat auch die Leitung des Heeres und des Marineministeriums übernommen. Von bekannten Persönlichkeiten gehören außerdem der Regierung noch folgende Mitglieder an: Argiropoulos als Außenminister, Peimezas als Innenminister, Drosopulos als Finanzminister, Babas als Minister für Unterricht und Flüchtlingsfragen, Lakos als Minister für Landwirtschaft und Handel und Triandphylopoulos als Minister der Justiz.

Kondilis ist als ein scharfer Gegner der Monarchie und insbesondere des Königs Konstantin bekannt. Als dieser im Jahre 1921 wieder nach Griechenland kam, blieb Kondilis, von einer Anzahl anderer Offiziere umgeben, in Konstantinopel, von wo sie erst im Jahre 1923, nachdem die Revolution des Generals Plastiras König Konstantin weggejagt hatte, nach Griechenland zurückkehrten. Er wurde zum General befördert, trat aber in die Politik ein und wurde in die Kammer gewählt. Er setzte sich an die Spitze der Flüchtlingsabgeordneten und gründete auf diese Weise die nationaldemokratische Partei, die eine extreme republikanische Partei blieb. In dem Kabinett Papanastassias, das die Republik ausrief, war er Kriegsminister. Später im Kabinett Michalopoulos, das von Pangalos gestürzt wurde, Innenminister. Kondilis hat sich in der griechischen Innenpolitik besonders dadurch hervorgetan, daß er in Fragen der Staatsform keine Kompromisse kennt und als ein eifriger Anhänger der Republik gegen die Monarchisten dauernd gekämpft hat. Demnach hat er auch bei seiner Regierungsbildung verfahren.

Nachdem die Revolution gegen Pangalos siegreich geendet hatte, hörte man, daß Kondilis eine sogenannte Regierung der nationalen Einigung, also aller Parteien, bilden werde. Aus diesem Plan ist nichts geworden. Kondilis hat es vorgezogen, eine republikanische Regierung des sozialen Ausgleichs zu bilden. In der Tat sind die führenden Mitglieder der Regierung entweder Anhänger der republikanischen nationaldemokratischen Partei oder der ganz links stehenden republikanischen Union, die in Griechenland als eine Art radikalsozialistische Partei bewertet werden kann. Als Linkspolitiker gelten insbesondere Innenminister Peimezas und Justizminister Triandphylopoulos, beide bekannte Juristen und Professoren der Rechtswissenschaft an der Athener Universität.

Pflichtarbeit.

Ein dunkles Kapitel der Erwerbslosenfürsorge.

In Zeiten gewaltiger Arbeitslosigkeit ist es geradezu ein grotesker Gedanke, die Unterstützung Erwerbsloser von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen. Die Erwerbslosen haben keinen sehnlicheren Wunsch als den, durch Vermittlung angemessener Arbeitsgelegenheit die Unterstützung überflüssig zu machen. Die Pflichtarbeit als Gegenleistung für die Erwerbslosenunterstützung ist deshalb nicht nur widersinnig, sie ist im höchsten Maße auch unsozial. Entweder gibt es angemessene Arbeitsgelegenheit, dann muß durch reguläre Arbeitsvermittlung die Arbeitslosigkeit beendet werden; oder aber es ist keine Arbeitsgelegenheit vorhanden, dann kann die Unterstützung der Erwerbslosen nicht von einer Arbeitsleistung abhängig gemacht werden.

Dazu kommt, daß die Pflichtarbeit unvereinbar ist mit dem Grundgedanken der Erwerbslosenfürsorge, wie überhaupt jeder Sozialversicherung. Durch die Beitragszahlung wird der Anspruch auf Unterstützung erworben. Wenn ein Krankenversicherter erwerbsunfähig krank wird, erhält er ärztliche Hilfe und Unterstützung, damit der Schaden geheilt wird. In der Erwerbslosenfürsorge dagegen wird auf einmal der Grundlag aufgestellt, trotz Beitragsleistung die Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen, obwohl mangelnde Arbeitsgelegenheit die Ursache des Unterstützungsfalles ist.

Das Reichsarbeitsministerium hat deshalb früher mit triftigen sozialpolitischen Gründen die Einführung der Pflichtarbeit abgelehnt. Ministerialrat Lehfeld vom Reichsarbeitsministerium sagt darüber in seinem Kommentar zur Erwerbslosenfürsorge, daß diese sozialpolitischen Bedenken vor allem in der Besorgnis bestanden, daß die Pflichtarbeit zur Ausschaltung des regulären Arbeitsangebots und schließlich dazu führen könne, daß die Erwerbslosen eine immerhin beträchtliche Anzahl von Berrichtungen weit unter der durch Tarif oder Ortsüblichkeit gebotenen Bezahlung verrichten müssen.

Wenn es noch eines Beweises für die Richtigkeit dieser sozialpolitischen Bedenken bedürfte, wird er durch die amtlichen Zahlen über die Entwicklung der Pflichtarbeit erbracht. Diese unhaltbaren Zustände werden erst in vollem Umfange klar, wenn man die Zahl der Notstandsarbeiter mit der Zahl der Pflichtarbeiter vergleicht. Es ergibt sich dann folgendes Bild:

	Zahl der Pflichtarbeiter	Zahl der Notstandsarbeiter
15. Juli 1925	17 153	86 716
15. August 1925	15 784	29 381
15. September 1925	17 922	29 601
15. Oktober 1925	20 786	27 578
15. November 1925	36 301	30 049
15. Dezember 1925	106 020	27 870
15. Januar 1926	177 151	40 781
15. Februar 1926	219 738	87 014

Vom 15. März ab fehlen in den monatlichen Uebersichten über die unterstützten Erwerbslosen die Angaben über die Pflichtarbeiter. Man begreift das plötzliche Verschwinden, denn die Zahlen reden eine deutliche Sprache.

Zwei Gründe führt Lehfeld an, die zur Einführung der Pflichtarbeit geführt haben sollen. Beide sind nicht stichhaltig. Es ist absurd, die Pflichtarbeit damit zu rechtfertigen, daß auf diese Weise Arbeiten durchgeführt werden, die sonst aus Mangel an Mitteln unterbleiben müssen. Wohin das führt, zeigen die obigen Zahlen. Es ist die organisierte Erzeugung von Arbeitslosigkeit. Jede Pflichtarbeit verhindert geradezu reguläre Arbeitsvermittlung, bedeutet vielfach einen bequemeren Ausweg, auf billige Art Arbeiten verrichten zu lassen.

Die Ausführungsvoorschriften zur Erwerbslosenfürsorge bestimmen zwar, daß den Erwerbslosen nur solche Arbeiten zugewiesen werden dürfen, die sonst überhaupt nicht oder nicht zu dieser Zeit oder nicht in diesem Umfang ausgeführt werden würden. Die Arbeitsleistung des Pflichtarbeiters soll in der Regel 16 Stunden wöchentlich nicht überschreiten; für Mehraufwendungen soll den Erwerbslosen ein begrenzter Zuschlag bezahlt werden.

Millionen sind arbeitslos und im gleichen Zeitpunkt gibt es für Hunderttausende Arbeitsgelegenheit als Pflichtarbeiter! Dabei ist anzunehmen, daß auf diese billige Art auch viele lokalen Notstandsarbeiten verrichtet werden. Denn in den Vorschriften über die Pflichtarbeit ist ausdrücklich vorgesehen, daß als Arbeitsleistung auch eine Tätigkeit bei öffentlichen Notstandsarbeiten verlangt werden kann. Der zweite Grund, daß die Pflichtarbeit in Zeiten geringen Arbeitsangebots eine geeignete, sonst fehlende Handhabe, die Arbeitswilligkeit der Unterstützungsbewerber zu prüfen, bietet, ist ebenso abwegig. Der § 13 der Erwerbslosenfürsorgeverordnung bestimmt bereits, daß die Unterstützung zu verweigern oder zu entziehen ist, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine nachgewiesene Arbeit anzunehmen, die auch außerhalb seines Berufs und Wohnorts liegen darf und ihm nach seiner körperlichen Beschaffenheit zugemutet werden kann. Mehr ist wahrlich zur Prüfung des Arbeitswillens nicht erforderlich.

Es ist anzunehmen, daß die meisten Pflichtarbeiten in einer Weise vollzogen werden, die nur nach einer starken Auslegung des Gesetzes noch möglich sind. Weber dürften in allen Fällen entsprechende Bestimmungen der Verwaltungsausschüsse der öffentlichen Arbeitsnachweise vorlegen, noch dürfte es sich überall um Arbeiten gemeinnützigen

Charaktere handeln, die sonst überhaupt nicht oder nicht zu dieser Zeit oder nicht in diesem Umfang ausgeführt werden würden. Es ist Aufgabe des Reichsarbeitsministeriums, der Landeszentralbehörden und der Verwaltungsausschüsse der öffentlichen Arbeitsnachweise, das Maß der „Pflichtarbeit“ zu überprüfen und jedem Mißbrauch der Bestimmungen vorzubeugen.

Der Kampf um die Einfuhrscheine. Die Entscheidung verlagert.

In der Sitzung des Handelspolitischen Reichstagsausschusses vom 14. August, in der über das deutsch-französische Wirtschaftsabkommen beraten wurde, stellten die Deutschnationalen überraschenderweise den Antrag, das Gesetz über die Wertbestimmung der Einfuhrscheine für eine Uebergangszeit, das erst zwei Wochen zuvor in Kraft getreten war, mit sofortiger Wirkung aufzuheben und der Wertbestimmung der Einfuhrscheine die jetzt geltenden Zollsätze zugrunde zu legen.

Die Entscheidung über diesen Antrag wurde auf eine spätere Sitzung verlagert, die dann am 20. August stattfand. In dieser Sitzung stellte sich nun heraus, daß die Vertreter der Regierung nicht zu sagen vermochten, wie sich die Regierung zu diesem Antrag stelle. Die Volkspartei zeigte sich in dieser Frage gespalten, das Zentrum schwankend. Also beschloß man, die Entscheidung abermals zu vertagen, wobei man der Erwartung Ausdruck gab, daß die Regierung in der nächsten Sitzung, die auf den 31. August festgelegt wurde, ihren Standpunkt darlegen werde.

Nun ist den Mitgliedern des Handelspolitischen Ausschusses mitgeteilt worden, daß die Sitzung am 31. August ausfällt, ohne daß bekannt gegeben wurde, wann die nächste Sitzung abgehalten werden soll. Man muß daraus schließen, daß die Regierung noch immer nicht weiß, wie sie sich zu dem brotverteuernden und die Reichskasse belastenden Antrag der Deutschnationalen zu stellen gedenkt.

Stahlhelm-Ueberfall auf das Reichsbanner.

Aber Reichsbanner wird angeklagt!

Frankfurt a. M., 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Frankfurter Schöffengericht begann am Dienstag ein Prozeß gegen vier Reichsbannerleute aus Frankfurt und Bad Homburg wegen schwerer Körperverletzung. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Ungewitter, der Leiter des Fleßa-Prozesses. Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde. Am 30. August 1925 fand in Bad Homburg v. d. H., das als Hochburg des Stahlhelms bekannt ist, ein Reichsbannerfest, verbunden mit Bannerweihe, statt, zu dem auch die Reichsbannerleute aus Frankfurt in großer Zahl gekommen waren. Schon am Vormittag wurde in Homburg bekannt, daß man einen Ueberfall auf das Frankfurter Reichsbanner durch den Stahlhelm plane, der geschlossen an einem Platz antrete und zu diesem Zweck besonders kräftige Leute, Mehger usw. ausgesucht habe. Als die Reichsbannerkapelle in die Nähe dieses Platzes kam, sprangen plötzlich 30 bis 40 Stahlhelmlaute mit Stöcken in die Kapelle und schlugen auf die Spielleute ein. Da kamen die Reichsbannerleute von hinten ihren Kameraden zu Hilfe und trieben die Angreifer wieder aus dem Zug, wobei es selbstverständlich nicht ohne Hiebe abgegangen ist. In der Erregung soll auch auf einen zu Boden gefallenen Schapmann eingeschlagen worden sein. Die Angeklagten befanden, wie gerade sie als Führer ihre Leute darauf hingewiesen haben, sich nicht provozieren zu lassen, und wie man sogar darauf aufmerksam gemacht habe, wer aus dem Zug herausgehe, sei Mitglied des Reichsbanners gewesen. Die am ersten Tage vernommenen 13 Zeugen erklärten fast übereinstimmend, daß der Stahlhelm organisiert von außen her gerade die Musiker überfallen habe. Es wird dann noch eine Reihe Zeugen geladen, die befunden werden, daß in einer Stahlhelmversammlung der Ueberfall verabredet wurde.

Nach dreitägiger Verhandlung beantragte der Staatsanwalt Freisprechung des Angeklagten Weingärtner, gegen die Angeklagten Härter 1 Monat, Weiber 3 Monate Gefängnis und gegen Schmidt 100 M. Geldstrafe. Das Gericht kam zu einem weitestgehend anderen Schluß und verurteilte wegen gemeinsamer Körperverletzung Schmidt zu 30 M. und Weiber und Härter zu je 100 M. Geldstrafe. Weingärtner wurde freigesprochen. In der Urteilsbegründung verweist der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Ungewitter auf die Tatsache, daß das Reichsbanner nicht vorwiegend gegen die Stahlhelmlaute vorgegangen sei. Der Stahlhelm habe durch sein Erscheinen den Reichsbannerzug stark in Erregung gebracht und die Abzeichen des Stahlhelms wären der Anfang zu den ganzen bedauerlichen Ausschreitungen gewesen.

Der sächsische Rechtsblock.

Ein Aufruf der sächsischen Industriellen.

Dresden, 27. August. (T.L.) Der Gesamtverband des Verbandes sächsischer Industrieller erläßt auf Grund eines in seiner Sitzung vom 25. August einstimmig gefaßten Beschlusses an die Industriellen Sachsens einen Aufruf, in dem es heißt, die bittersten Erfahrungen der letzten Jahre hätten das deutsche Volk gelehrt, daß auch größeren Schwierigkeiten begegnet werden könne, wenn alle ordnungsliebenden, wiederaufbauenden Kräfte sich zusammenschließen und es vermöchten, das Trennende zurückzustellen und das Einigende hervorzuführen. Von diesen Lehren der jüngsten Vergangenheit ausgehend, seien alle Kreise der Wirtschaft der Ueberzeugung, daß es hohe Zeit unabwiesbarer Notwendigkeit sei, die Vorbereitungen zu den bevorstehenden Landtags- und Gemeindevahlen mit allem Nachdruck unter diesen Gesichtspunkten der Abwehr gemeinsamer Gefahr für das Staatsganze zu betreiben.

Der Verband sächsischer Industrieller halte es für seine Pflicht, an die gesamte sächsische Industrie die Bitte zu richten, sich dieser Bedeutung der Landtags- und Gemeindevahlen bewußt zu sein und im Sinne der einheitlichen Zusammenfassung aller Kräfte tatkräftig selbstlos zu wirken. Der Verband habe nach seinen Satzungen mit parteipolitischen Zielen nichts zu tun. Er habe es immer abgelehnt und werde es weiterhin ablehnen, sich mit öffentlichen Fragen parteipolitisch zu befassen. Bei der gegenwärtigen Situation handle es sich jedoch nicht um Parteipolitik (!), sondern um die unmittelbarsten Interessen der heimischen Wirtschaft, auf deren Rücken die staats- und gemeindepolitischen Geschicke ausgeübt würden, und damit um das Wohl des Landes und des Volkes.

Braunschweiger Stahlhelmwirtschaft.

Die Spaltung vollzogen. — Noch immer keine Anklage gegen Uhlenshaut.

Braunschweig, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Stahlhelmlandesverbandsvorsitzende von Braunschweig, Kohlenhändler Uhlenshaut, verbüßt augenblicklich eine Festungsstrafe von drei Monaten, weil er nach jahrlanger Ueberlegung eine Duelleforderung des ersten Vorsitzenden des Vereins ehemaliger Braunschweiger Husaren, Schlachthausdirektor Dr. Kramer, angenommen hat. Die übrigen Landesverbandsmitglieder hatten erklärt, daß Uhlenshaut nun endlich seinen Posten niederlegen würde. Die zurückgebliebenen 200 hundertstreuen Stahlhelmer versuchen nun aber mit Hilfe der ländlichen Ortsgruppen im September eine Wiederwahl Uhlenshauts durchzuführen. Damit ist den 1600 abtrünnigen Stahlhelmlern, die auch den Rücktritt Seidies gefordert hatten, der Weg zur Rückkehr in den Stahlhelm verbaut. Sie haben inzwischen den neuen Stahlhelm gerichtlich eintreten lassen und den Kapitänleutnant Hild, einer der schärfsten Gegner Uhlenshauts, zum Vorsitzenden gewählt. Der neue Verein „Stahlhelm“ wünscht eine „überparteiliche“ Orientierung und lehnt den einseitig nationalistischen Kurs ab. Die braunschweigische Staatsanwaltschaft, die im Falle Stoelzel außerordentlich rührig war, hat gegen Uhlenshaut noch nichts unternommen, trotzdem schon sämtliche Zeugen vor über drei Wochen vernommen worden

sind. Inzwischen hat die braunschweigische Stahlhelmgouvernement, die jetzt zwischen zwei Stühlen sitzt, die Klitten vom der Staatsanwaltschaft angefordert, um sich auch über die Berechnung Uhlenshauts zu unterrichten. Anscheinend will sie aus alter Anhänglichkeit und Dankbarkeit diese Anklageerhebung unterdrücken. Das Land Braunschweig erfreut sich also als einziges Land in Deutschland zweier Stahlhelmorganisationen, die neben- und gegeneinander marschieren.

Außerdem plant Adolf Hitler mit seinen völkischen Freunden Anfang September eine wochenlang dauernde Invasion in Braunschweig, um im Lande Braunschweig wenigstens einen Abgeordneten zu behalten. Da Adolf Hitler durch das Entgegenkommen der deutschnationalen Regierung in Braunschweig ungehindert reisen darf wird in den nächsten Wochen Braunschweig wieder der Schauplatz erregter Reinigungs- und Richtungstämpfe im nationalistischen Lager werden.

Schulkampf in Ostoberschlesien.

Die polnischen Behörden streichen 7000 von 8500 Anmeldungen für die deutsche Schule!

Kattowitz, 27. August. (M.B.) Für das am 1. September d. J. beginnende Schuljahr sind, wie jetzt feststeht, rund 8500 Neuanmeldungen für die deutschen Minderberufsschulen erfolgt. Daß die Zahl der Anmeldungen größer sein würde, als in den vorhergehenden Jahren, war bereits seit einiger Zeit bekannt. Sämtliche polnischen Zeitungen haben deshalb schon damals einen neuen Hieb gegen die deutschen Schulen eingeleitet und gegen den Deutschen Volksbund die bekannten Vorwürfe erhoben, wie, daß der Volksbund die polnischen Eltern bestochen und die Kinder „das Stück für 150 Zloty“ gekauft habe. Selbstverständlich erwiesen sich alle von der polnischen Presse aufgestellten Behauptungen als falsch. Mit legalen Mitteln konnte also gegen das Streichen der Anmeldungen nichts ausgerichtet werden. Die polnischen Behörden haben jedoch einen für sie sehr einfachen Ausweg aus ihrer Verlegenheit gefunden. Sie setzten sich ohne weiteres über die einschlägigen Bestimmungen des Genfer Abkommens hinweg und erklärten rund 7000 von den 8500 Anmeldungen als ungültig, und zwar fast ausnahmslos mit der Begründung, daß die Eltern Polen und die deutschen Schulen nur für die Deutschen bestimmt seien. Diese Begründung widerspricht den klaren Bestimmungen des Genfer Abkommens, in dem die Entscheidung darüber, welche Schule die Kinder besuchen sollen, ausdrücklich den Eltern vorbehalten ist, deren Erklärung weder nachgeprüft noch beanstanden werden darf. Offenbar hat man mit der Befanntgabe der Ungültigkeitserklärungen absichtlich bis zu dem Augenblick gewartet, in dem der Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Herr Calonder, in Urlaub ging, den er vor etwa 14 Tagen angetreten hat. Man hofft auf diese Weise den Vorstoß gegen das Genfer Abkommen ungehindert begehen zu können. Tatsächlich besteht die Gefahr, daß die Kinder, deren Anmeldungen als ungültig erklärt worden sind, in die polnische Schule geschickt werden, da bis zum Beginn des Schuljahres das eingeleitete Beschwerdeverfahren selbstverständlich nicht durchgeführt werden kann. Im allgemeinen hat man einfach die Anmeldungen all derjenigen Kinder gestrichen, deren Namen polnisch klingen.

Briands Besprechungen.

Das Kompromiß angeblich gefördert.

Paris, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Briand hat gestern abend nach einander mit dem polnischen Außenminister Jalecki in Begleitung des polnischen Botschafters, dem deutschen Botschafter v. Hoersch, dem spanischen Botschafter de Leon und dem britischen Geschäftsträger Phipps über die Tagung der Studienkommission und des Völkerbundes gesprochen. Die Blätter wollen wissen, daß diese Besprechungen einen großen Schritt vorwärts bedeuten. Es sei noch zu früh, um zu sagen, auf welche Kompromißformel man sich geeinigt habe; aber alles lasse erkennen, daß die letzten Besprechungen zwischen den juristischen Sachverständigen Fromageot, Gauß und Hurst viel zur Klärung der Lage beigetragen hätten.

Selbsthilfe der Studentenschaft.

Von Professor Dr. Rabbruch, Kiel.

Der unliebsame Eindruck, der durch die letzten Ereignisse in Hannover und Bonn in republikanischen Kreisen erweckt wurde, ist nur durch einen Teil der deutschen Studentenschaft hervorgerufen worden. Diese Studenten, die in lauter politischer Betriebsamkeit im Vordergrund der Ereignisse standen, sind scharf zu trennen von den Kreisen unserer Hochschuljugend, die in tatkräftiger, verantwortungsbewusster und anspruchsvoller Selbsthilfearbeit sich und ihren Kameraden die geistige Ausbildung ermöglichen.

Diese Kreise haben ihre Organisation in der „Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft“ in Dresden. Sie löst die 51 Wirtschaftskörper der einzelnen Hochschulen zusammen. Da die früher zahlreichen Auslands Spenden seit einigen Jahren abnehmen, ziehen die finanziellen Mittel für die Wirtschaftshilfe aus Zuschüssen des Reichs, der Länder, Städte, Gemeinden und Privatpersonen. Das Reich stellte im vorigen Jahre 1 350 000 M. zur Verfügung. Durch die Selbsthilfe der Studierenden wurden 200 500 M. aufgebracht. Diese Mittel finden ihre Verwendung in der Schöpfung von Wirtschaftseinrichtungen mannigfacher Art. Die wichtigste dieser Einrichtungen ist die Studentenspeisung. In der Studentenspeisung nahmen teil im Sommersemester 1925 27 Proz. und im Wintersemester 1925/26 28,8 Proz. der Gesamtstudentenschaft. Weiter ist der tatkräftigen Arbeit der Wirtschaftshilfe gelungen die Einrichtung von Studentenwohnheimen, Erfrischungsräumen, Verkaufsstellen für Lebensmittel und Studienmaterial, Büchervermittlungstellen, Schreibmaschinenstuben, Druckerien, Buchbindereien, Schuhmachereien, Wäschereien und Tischstuben, Barbierstuben, Arbeitsvermittlungsamtern und Wohnungsnachweisämtern. Alle diese Einrichtungen sollen nach Möglichkeit in Studentenhäusern mit Besoffen und Versammlungsräumen ihren Mittelpunkt finden.

Besondere Fürsorge wird den tuberkulosekranken Studenten zuteil. Gesundheitsuntersuchungen, denen sich alle Studierenden unterwerfen müssen, stellen die Erkrankungen fest und bereiten die Unterbringung in Heilstätten vor. Die Wirtschaftshilfe hat bereits 337 Heilanstaltsplätze durchgeführt. Ein eigenes Sanatorium gewährt 34 Studenten Aufnahme.

Eine Darlehnskasse der deutschen Studentenschaft gibt Darlehen an ältere Studenten zu einem ganz geringen Zinsfuß auf 10 Jahre aus.

Der Amerikawerksstudentendienst ermöglicht es jährlich 100 Studenten der technischen Wissenschaften, die ihr Examen bereits gemacht haben, sich zwei Jahre in den landwirtschaftlichen oder industriellen Betrieben Amerikas zu betätigen, um Einblick in die organisatorischen und technischen Verhältnisse der amerikanischen Wirtschaft zu erhalten. Bis jetzt befinden sich 51 deutsche Werksstudenten in Amerika.

Eine wichtige und äußerst dankbare Aufgabe erfüllt die Deutsche Studentenschaft, die durch fortlaufende Unterstützungen besonders wertvollen Studenten die Möglichkeit zum Studium gibt. Auch ein Teil unserer Arbeiterstudenten, die sich durch die Ablegung der „Begabtenprüfung“ oder den Besuch von Universitäten den Zugang zum Universitätsstudium verschafft haben, genießen die Vorteile dieser Stiftung. Irgendwelche politischen, konfessionellen oder weltanschaulichen Unterschiede sollen bei der Auswahl nicht ins Gewicht. Es wird bei der Auswahl der Stipendiaten nur darauf geachtet, daß die Vergünstigung solchen jungen Leuten zuteil wird, die für ihr künftiges Leben ganz besondere Leistungen versprechen. Im Jahre 1925 wurden von insgesamt 881 Bewerbern 219 in die Studienstiftung aufgenommen. Im Frühjahr 1926 wurden 1685 Gesuche eingereicht, von denen 264 angenommen wurden. Ueber ihren unmittelbaren Nutzen hinaus dient die Mitarbeit in den Wirtschaftskörpern und der Wirtschaftshilfe dazu, den besten Teil der Studentenschaft in studentischer Selbstverwaltungswirtschaftlich und organisatorisch zu schulen und so einen Studententypus zu schaffen, der geeignet ist, weniger erfreuliche Erscheinungen des studentischen Lebens immer mehr in den Hintergrund zu drängen.

Nelson-Theater: „Die tanzenden Fräuleins“.

Gesehen vom Standpunkt der heutigen Revueswelt ist diese neue Nelson-Operette voller Geschmeid, Niveau, Intimität und Grazie; gesehen vom Schlagereinstimm anderer Revuescher Musikanten ist dieses hier blutarm geblieben. Zu loben ist Kürze und Bau, Sinn und Gestalt des Zerlesenen Textes und der aktuellen Verse von Robert Gilbert. Als Hauptzüge imponieren: ein mit Ironie und Frivolität glänzend gelungenes Widerspiel zweier falscher Napoleons, deren einer ein enthronter Duodez ist, der andere ein Jongleur. Beide spielen und jonglieren den Partner, beide ungerührt sich mit einer Heldenpose, die in Artistenkreisen üblich, aber auch in politischen Regionen nicht ungewöhnlich ist. Und das Lustigste, sie sehen sich wirklich sehr ähnlich, der Herzog Nikodemus, den Schaeffer, dem Jongleur Bela, den Edle Sjakall spielt. Dieser letzte ist eine Glanzattraktion; seine gemachte Blödsinn und die Geschicklichkeit seiner Taffenspielertricks bringen Stimmung ins Haus. Schaeffers mimt den Napoleon mit heterojakaler Miene, zu der die herrlichen Brocken französisch im töstlichen Gegensatz stehen. Gut gesehen, besser noch anzusehen, bebend und tanzend die Trillergeris mit Trude Nieste an der Spitze, einer Theaterstummel von Erka von Tellmann mit einem Schuh frischer jugendhafter Kamit, eine Spielbegabung von Rang. Steffi Walden als raffig-mondaine Liebhaberin in Ehren, Arne Weel als Tänzer und Coupletist, hart als Mann von Eleganz, und Käse Ericholz als die hehbolste der Berliner Pflanzen in ihrem Lied gegen die seine Gesellschaft — ein treffliches Ensemble.

Nelson hat nicht ganz die Schlagkraft seiner früheren Epide aufgebracht, die Jazzidee liegt ihm noch nicht ganz im Blut. Seine Anpassungsfähigkeit ist allerdings groß, was er treibt, hat eigenen Geist, Charme, Tempo und Melodie. Couplets wie die beiden „Und

bist Du auch der Erste nicht“ oder „Zur Liebe bist Du nur geboren“ konnten schnell mitgeschlagen werden. Das Orchesterchen spielte mit leger Deftigkeit. Kellon und Joseph am Flügel begleiteten mit feltener Einheitslichkeit. Für reizende Kostüme und gute Bühnenbilder sorgte die leichte Hand Krehanns. R. S.

„Kull“ im Lustspielhaus. Das französische Lustspiel mit seinen Dreieckskonstruktionen ist am Ende, es braucht neues Blut. Und so verlegt die Firma B. A. Jager-Schmidt in den üblichen Betrieb ein Naturwesen, eine junge Subeinsulanerin, Tochter eines französischen Baters und einer eingeborenen Mutter. Sie ist von Europas Höflichkeit nicht überdrückt, sie spricht Worte aus, die sonst nur im Wortschatz des Kaiserhofes oder berühmter Generale vorkommen, sie brüskiert die Salongesellschaft durch ihre letzten Naturlichtheiten, deckt dafür aber deren Verlogenheiten und Intrigen mit Wollust auf. Ihre Tante will sie mit einem jungen Trottel, der aber Marquis, verheiratet; Kull — so heißt die ingenu aus der Südsee — aber folgt der Stimme ihres wilden Herzens, bört die Nebenbuhlerin knockout und holt sich den Mann eigener Wahl. Ueberflüssig zu sagen, daß sie starken Geschichten, die sie ihrem Trottelbewerber von ihrem freien Sexualleben von da unten erzählt, um ihn abzuschrecken, erfunden sind. Sie ist genau so brav geblieben wie die Pariser Jungfrauen. Das Verfasserpaar hat nicht den Ehrgeiz, Wirklichkeiten zu konfrontieren; es will nur blaffen und amüsieren. Wenn eine so naturfrische, temperamentvolle und bei aller Reichtum doch anmutige und hohe Darstellerin die Samoanerin spielt wie die neu entdeckte Carola Meyer, so ist die Partie leicht gewonnen. Man freute sich des ozeanischen Vogels, der so anders zwischerte, und hatte seine Lust an der Brautheit dieses Springinsfeld. Camilla Spira gab das europäische Mädchen mit einem reizenden Stroh ins Drollige. Die übrige Gesellschaft bleibt im Rahmen der Konvention und der Fadedheit. Trondheim mußten Dina Simburg (als ehelichende Tante), Eugen Burg und Wolfgang Zilger ihren Rollen einige Lichter aufzusetzen.

Knorrte. Was dieses gepflügelte Wort bedeuten soll, weiß jeder: unbertrefflich; einzig in seiner Art; was für ein Einfall; unübersehbar in seiner Art; Eins A usw.

„Zeh spielen wir Jed“ — „Jo, knorrte!“
„Ein Künstler ersten Ranges“ — „Knorrte!“
„Ein hübscher Bengel“ — „Knorrte!“

Wie kommt aber das Wort zu diesen Bedeutungen? Bedeutet es überhaupt etwas? Kann man es mit schon bekannten Worten in Zusammenhang bringen? Jawohl, und zwar sehr leicht. Wenn man die Verteilerungsstelle „te“ — hochdeutsch „ten“ hinwegnimmt, bleibt „knor“ übrig. Der Knorr oder der Knorren ist jedoch ein harter, unbertrefflicher Gegenstand, wie der Holzhafer weiß. Plautdeutsch: He het em dore Stubben (= Knorren) jagt — er hat einen Reford für ihn aufgestellt. Der Gegenstand zu diesem Wort wäre Fante, was ein Mensch bedeutet, der sich hänseln läßt, der wenig taktvoll und unbeständigen Sinnes ist. Man vergleiche den Fagvogel bei Orimmelshausen. Daß Knorrte abteillich gebraucht wird, erklärt sich daraus, daß sein eigentlicher Sinn von einem Gegenstande herrührt, während Fagte ausschließlich eine Person bedeutet.

Das Anglo-Russische Komitee.

Was die Russen darüber berichten.

Die „Rote Fahne“ bringt eine ausführliche Erklärung des Vorsitzenden der russischen Delegation, Andrejew, über das Ergebnis der Tagung des Anglo-Russischen Komitees. In dieser Erklärung heißt es:

„Wir sind aber der Ansicht, daß unsere Hilfe allein äußerst gering ist, um den Erfolg des Kampfes der Bergarbeiter zu sichern. Deshalb haben wir uns — bewogen einzig und allein vom aufrichtigen Wunsche, die Unterstützung auf breitere Grundlage zu stellen — für die Einberufung des Anglo-Russischen Komitees eingesetzt, um auf seiner Tagung die Fragen der Verbreiterung und Verstärkung aller möglichen Mittel und Wege der materiellen, moralischen und anderweitigen Unterstützung, sowohl im internationalen Maßstabe, als auch innerhalb Englands und der Sowjetunion, mit erschöpfender Vollständigkeit aufzuarbeiten. . .

Wir haben diese Frage mit erschöpfender Vollständigkeit nun auf der soeben beendeten Tagung des Anglo-Russischen Komitees in Berlin aufgearbeitet. Wenn das Ergebnis dieser Tagung nicht die sofortige Unterstützung der streikenden Bergarbeiter sein wird, so hoffen wir, daß sich jeder Arbeiter darüber klar sein wird, daß dies nicht durch unsere Schuld geschah.

Solange die Delegation dem Zentralkomitee der Gewerkschaften nicht Bericht erstattet haben wird, kann ich keine ausführlichen Mitteilungen machen. Mit aller Klarheit sage und unterstreiche ich aber, daß die Behauptung, als wollten die Gewerkschaften der Sowjetunion die englische Gewerkschaftsbewegung dirigieren und sie leiten, eine böswillige Verleumdung ist. . .

Wir haben schon oft erklärt und erklären auch jetzt, daß wir, die Gewerkschaften der Sowjetunion, nichts anderes wollen und nichts anderes erreichen wollen, als daß brüderliche Hilfe geleistet und ein gemeinsamer Kampf gegen die Offensive des Kapitals geführt wird. Wir lassen uns von keiner anderen Absicht leiten als von dem heißen Wunsche nach geschlossener Arbeit für die Herstellung der wirklichen Einheit der Gewerkschaftsbewegung.

Wir halten es für unsere proletarische Pflicht, vor den Arbeitern der Sowjetunion und auch vor den Arbeitern der ganzen Welt unsere Meinung über die Führung des Generalkampfes offen auszusprechen, aber wir sind davon überzeugt, daß die Taktik der Führer nur von der englischen Arbeiterklasse selbst und von niemandem anderen bestimmt werden kann. Deshalb ist es eine arge Verleumdung, wenn man von einer Einmischung der russischen Gewerkschaften in die Angelegenheiten der englischen Gewerkschaftsbewegung spricht. . .

Die Bedeutung der Erklärung von Andrejew liegt im letzten Absatz. Wenn diese Erklärung dem künftigen tatsächlichen Verhalten der russischen Gewerkschaften entsprechen würde, dann wäre das gleichbedeutend mit einer vollständigen Abkehr von der bisher verfolgten Politik.

Wir möchten dazu bemerken, daß es niemandem in der internationalen Gewerkschaftsbewegung wie in der Arbeiterbewegung überhaupt einfallt und je eingefallen ist, den russischen Gewerkschaften das Recht beizulegen zu wollen, innerhalb ihrer Landesgrenzen ihre gewerkschaftlichen Kämpfe so zu führen, wie sie es für angemessen halten. Wogegen sich die Gewerkschaften aller Länder bisher stets gewehrt haben und immer wehren werden, ist die fortgesetzte Einmischung der Russen in die internen Angelegenheiten der organisierten Arbeiterschaft aller Länder.

Diese Einmischung beschränkte sich keineswegs auf eine scharfe Kritik der Taktik und Methoden der Gewerkschaften der anderen Länder, was zur Not noch zu ertragen wäre, obwohl es diesem jüngsten Zweig der internationalen Gewerkschaftsbewegung am allerwenigsten ansteht, sich als Lehrmeister aufzuwerfen. Die Einmischung ging so weit, innerhalb der Gewerkschaften der verschiedenen Länder kommunistische Zellen zu bilden, die der Moskauer Zentrale unterstehen, nach den Anordnungen Moskaus durch diese Zellen eine sogenannte „Opposition“ zu bilden und darüber hinaus zur Gründung von Sonderorganisationen zu schreiten.

Diese innere Einmischung, die bis zur geistigen und organisatorischen Spaltung der Arbeiterbewegung auf nationaler und internationaler Grundlage ging, ist unerträglich und hat die russischen Gewerkschaften von der Gewerkschaftsbewegung der übrigen Länder völlig isoliert. Wir wollen die Erklärung von Andrejew nicht vorschnell beurteilen. Wir wollen vielmehr abwarten, wie sich künftig die Praxis der russischen Gewerkschaften gegenüber den Gewerkschaften der anderen Länder gestalten wird. Von dieser Praxis wird es abhängen, ob es zu einem erträglichen Verhältnis mit den Russen kommen kann. Vorläufig sind wir, durch die Vergangenheit und Gegenwart belehrt, allerdings noch sehr skeptisch.

Namensraub in Deutsch-Südtirol.

Sogar die Familiennamen werden italienisch.

Rom, 27. August. (WIB.) „Agenzia Uffiziale“ veröffentlicht das Dekret über die Italiasierung der Südtiroler Familiennamen. Der Präfect der Provinz Trient wird eine Liste der Namen und Adelsprädikate aufstellen, die die italienische Form zu erhalten haben. Ferner wird eine genaue Liste derjenigen Familien aufgestellt werden, die den gleichen Namen tragen. Dann werden die Betreffenden den italienischen Namen bzw. den Adel in italienischer Form erhalten, und zwar wird jedem Familienmitglied ein besonderes Dekret zugestellt. Das Dekret wird auch dem Gemeindevorstand zur entsprechenden Eintragung in die Register übermittelt werden.

Mit diesem Beginnen greift das Italien des Faschismus auf Methoden zurück, die vielleicht die Eroberer vorgegeschichtlichen Altertums geübt haben mögen. Aber weder die alt-preußische Germanisierungspolitik in Polen und im Elsaß, noch selbst die zarische Russifizierungspolitik ist soweit gegangen, die Privatnamen zwangsweise zu ändern. Solch niederträchtige Demütigung wehrloser Ruß-Italiener ist dem Regime des Faschismus vorbehalten geblieben.

Die Jagd auf gefährliche Schriften.

Rom, 27. August. (EP.) Die Polizei verhaftete den Schwager und andere Verwandte des früheren Ministerialsekretärs Cesare Rossi, wegen Verbreitung antisowjetischer Broschüren. Ein weiterer Verwandter, Marco Colonna, mußte als politischer Redakteur aus dem „Impero“ ausscheiden.

Die Aufständischen in Nicaragua haben San Antonio angegriffen und zwischen Managua und Corinto einen Eisenbahzug mit Regierungstruppen in die Luft gesprengt. Glücklichweise wurden nur wenige Soldaten verletzt.

Zur Berliner Turn- und Sportwoche.

Eine Ablehnung des Kartellverbandes für Arbeitersport.

Der Kartellverband für Arbeitersport und Körperpflege wendet sich mit einer Mitteilung an die Arbeiterschaft Berlins, in der gesagt wird, daß die Arbeiterorganisationen eine Beteiligung an der vom Magistrat für die nächste Woche veranstalteten Turn- und Sportwoche ablehnen. Der Kartellverband ist der Auffassung, daß die Turn- und Sportwoche eine „Privatangelegenheit“ des Oberbürgermeisters Dr. Böß sei und daß beispielsweise der „Japfenstreich“ der am 3. September von 20 Militärkapellen ausgeführt wird, nichts weiter als eine verschleierte Sedanfeier sei. Am Schlusse der Mitteilung wird die Durchführung einer eigenen Arbeitersportwoche mit Unterstützung eines Ausschusses des Stadtkomitees für Volksübungen gefordert. Der Arbeitersport Groß-Berlins wird schließlich nahegelegt, die Turn- und Sportwoche zu meiden.

Die Arbeitersportler Berlins sind im Frühjahr dieses Jahres, als die Berliner Turn- und Sportwoche im Magistrat zur Diskussion stand, aufgefordert worden, mit den Bürgerlichen gemeinsam die Woche zu besuchen. Im „Vorwärts“ war seinerzeit dieser Gedanke aufgegriffen und den Arbeitersportlern empfohlen worden, die Sache so anzugehen, daß einige Tage der Woche den bürgerlichen Vereinen, der Rest den Arbeitersportlern referiert bleiben sollte. Die Arbeitersportler hatten anfänglich dem Magistrat und dem betreffenden Ausschuss der Stadtverordneten eine Zusage gegeben; erst als die „Rote Fahne“ die Forderung erhob, die Berliner Turn- und Sportwoche lediglich mit Arbeitersportlern zu veranstalten, schwante pflichtgemäß die kommunistische Leitung des Berliner Kartellverbandes ein und schloß sich der „Roten Fahne“ an. Daß darauf der Magistrat nicht eingehen würde, war von vornherein klar, denn der Magistrat unterstützt ja nicht nur Arbeitersportvereine, sondern auch bürgerliche. Das tut sogar der Magistrat nicht nur allein, sondern der Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung, der darüber mitzubestimmt und zu bestimmen hat, hat diese Unterstützung bisher stets gebilligt. In diesem Ausschuss sitzen aber bekanntlich auch Kommunisten. Im übrigen haben die Arbeitersportler ihre eigene Werbeweche im Juni dieses Jahres gehabt, und sie sind zu diesem Zweck auch vom Magistrat unterstützt worden. Es ist bedauerlich, daß der Kartellverband seinerzeit nicht unserem Vorschlag stattgegeben hat. Die propagandistische Wirkung wäre unter Zuhilfenahme des großen Reklameapparates, der dem Magistrat zur Verfügung steht, für die Arbeitersportler vielleicht noch größer gewesen als bei ihrer eigenen Sportwoche.

Die vom Magistrat in Gemeinschaft mit den Sportorganisationen Groß-Berlins veranstaltete Berliner Turn- und Sportwoche nimmt ihren offiziellen Anfang am Sonnabend mit einem Aufmarsch der Turn- und Sportverbände um 6 Uhr abends im Lustgarten. Die dort veranstaltete Feier wird auf alle Sendestationen Deutschlands übertragen. Im Anschluß an diese Veranstaltung finden in den meisten Berliner Bezirken Sonderfeiern der Bezirksämter statt. Am Sonntagvormittag um 9 Uhr wird die große Berliner Staffel (Industriestaffel) über 42 Kilometer ausgetragen. Daran beteiligen sich Bauer, Radfahrer, Ruderer, Schwimmer. Der Start ist am Rathaus in der Königsstraße, das Ziel im Lustgarten. Um 10 Uhr ist der erste Start zum großen Preis von Deutschland für Motorräder auf der Aue. Im Laufe der kommenden Woche finden allerlei Sportveranstaltungen, meist auf den Bezirkssportplätzen, statt. Am Mittwoch, dem 1. September, ist ein großes Gärten-, Blumen- und Tanzfest bei Kroll, bei dem das Kinderballett der Staatsoper mitwirkt. Anschließend Preisverteilung an die Sieger der Industriestaffel. Am Sonnabend, dem 4. September, findet eine Festvorstellung der Operette „Fatinha“ in der Städtischen Oper statt. Als Abschluß der Woche ist am Sonntag, dem 5. September, eine große Filmschau im Hof-Palast am Zoo geplant und um 2 Uhr nachmittags große flugsportliche Veranstaltungen und Freiluftballonwettkämpfe auf dem Tempelhofer Feld.

Bau- und Wohnkultur.

Die Siedlungsbauten der „Gehag“ in Brich.

Unweit des Krankenhauses Brich, wo ehemals freies Gelände war, ist in kurzer Zeit eine kleine Stadt entstanden. Fröhliche, bunte Häuser kleineren und größeren Kalibers, frei, luftig und vor allem ganz zweckmäßig gebaut, ohne Künstelei und unnötigen und ungeschönen Zierat. Jedes für sich freistehend; dazwischen Platz für Rasen- und Gartenanlagen, der späterhin, wenn alles bepflanzt ist, dem Ganzen ein hübsches, blühendes Relief geben wird. In zwei solchen Neubauwohnungen zeigte die Haus- und Hausrat-Gildenhall-G. m. b. H. im Rahmen einer Ausstellung die vollständige Inneneinrichtung mit Möbeln, Beleuchtungskörpern, Teppichen, Gardinen usw. Die Möbelstücke sind, den verhältnismäßig kleinen Wohnstätten entsprechend, zweckmäßig und trotzdem geschmackvoll angefertigt und eingestrichelt, womit wieder der Beweis erbracht wird, daß man auch bescheidene Wohnräume wohnlich und behaglich ausstatten kann. Wie bei den Hausbauten, so ist auch beim Möbelbau alle Künstelei streng vermieden. Die Einrichtung besteht aus gediegenem Material, in gefälligen und zugleich praktischen Formen. Die Räume sind nicht überladen, Licht und Luft haben genügend Zutritt.

Die Haus- und Hausrat-Gildenhall-G. m. b. H. arbeitet bekanntlich im Rahmen der Hausratbewegung, die in ihren Anfängen auf das Jahr 1918 zurückzuführen ist. Selbstverständlich gewährt sie auch bei Bezug ihrer Gegenstände weitestgehende Vergünstigung in Form bequemer Teilzahlung.

Liebestragödie in Neukölln.

Eine Liebestragödie hat sich heute vormittag in dem Hause Hermannstraße 114 in Neukölln abgespielt. Aus der Wohnung des 25jährigen Monteurs Otto R. drang starker Gasgeruch, so daß Hausbewohner aufmerksam wurden und die Polizei herbeiriefen. Die Beamten fanden R. sowie dessen 19jährige Geliebte, die Hausangestellte Erna Sch., mit Leuchtgas vergiftet leblos auf. Von der Feuerwehr angestellte Wiederbelebungsversuche hatten nur bei dem Mädchen Erfolg; sie wurde in das Budower Krankenhaus überführt. Bei R. blieben Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg und ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den vor einigen Stunden eintretenden Tod feststellen. Nach den bisherigen Ermittlungen ist das Liebespaar gemeinsam aus dem Leben geschieden, da von den Eltern einer Verbindung angeblich Schwierigkeiten in den Weg gestellt wurden.

Besudelter Grabstein.

Ein wenig abseits vom Bärm der Königgräber Straße liegt in einem kleinen, baumbewachsenen Hof, wunderbar in die Ecke gedrückt, die Christuskirche. Auf dem Hof der Kirche steht ein Sandsteingrabmal, nicht übermäßig schön und schmucklos: „Den gefallenen Brüdern 1914–18“. Dieser Grabstein hat keine besondere Tendenz, er ist nicht militärisch propagandistisch, wie manches, was man in der letzten Zeit an Denkmälern gesehen. Dreimal ist jetzt dieses Erinnerungsmal an die gefallenen Angehörigen der Christuskirche von Bubenhänden beschmutzt worden. Zweimal wurde der Stein gereinigt. Jetzt ist er zum drittenmal mit einer rotbraunen Flüssigkeit beschmutzt worden. Was muß das für ein Mensch sein, der sich in gebärdiger Ohnmacht an Totensteinen vergreift? Was treibt ihn zu solch sinnloser, solch fruchtloser Tat? Ist es ein Fanatiker, der instinktiv einem überzeitigen Haßgefühl zum Opfer fällt, ein geistig Kranker, den nichts anderes treibt als eine fixe Idee, eine unumstößliche Zerstörungswelt? Diesen Stein

wird man zu anderen Zeiten kaum gewahr. Aber jetzt steht er dort wie ein hilfloser, sehr einsamer Dulder, dessen bleiches Antlitz über und über mit Blut bespritzt ist.

Was muß das für ein Mensch sein, der diesen einsamen Stein, dem Andenken ferner Toten geweiht, so grausam besudelt?

Trauerfeier für Stadtrat Dr. Silberstein.

Zu einer Trauerfeier für seinen verstorbenen Mitarbeiter Stadtrat Dr. Silberstein hatte heute vormittag das Bezirksamt Neukölln eingeladen. Vom Turm des Rathauses wehen die Reichsjarden auf halbmaß. Die große Rathaushalle zeigt würdigen Trauerschmuck. Im schlichten Sarge liegt der Verstorbene aufgebahrt. Unzählige Kränze von allen Körperschaften und Vereinen, in denen er mitgearbeitet hat, bekränzen die Anteilnahme der Bevölkerung. Die Halle kann die Trauergäste nicht fassen. Bis auf die Treppen stehen dicht gedrängt seine Kollegen, Beamten, Arbeiter und Parteifreunde. Mit ihren Söhnen erscheint die Gattin des Genossen und unser alter Genosse Eduard Bernstein. Die Trauerverammlung erhebt sich zu Ehren der Hinterbliebenen. Mit den Klängen des Abgabs der Fis-Dur von Haydn beginnt die Trauerfeier. Das Ober-Rang-Quartett singt „Ueber allen Gipfeln ist Ruh“.

Dann spricht im Namen des Bezirksamts Bürgermeister Scholz. Er zeichnet ein Lebensbild des Toten, der seit 27 Jahren in rastloser Tätigkeit die sozialen Einrichtungen der Stadt geschaffen und so, wo sie bestanden, ausgebaut hat. Für die Bezirksverordnetenversammlung sprach Stadtverordneter Heilmann, für die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion Stadtverordneter Gutschmidt, für die Beamtenschaft der Leiter der Neuköllner Beamtenschaft Stadtverordneter Dingweiler, im Auftrage der Arbeiter- und Angestelltenchaft Herr Pichski und im Auftrage des Hauptgesundheitsamts Herr Prof. Seeligmann. Den Dank für die geleistete Arbeit in den städtischen Krankenverwaltungen brachte Stadtrat Dr. Kollwitz zum Ausdruck. Am Rande der Kerkstammer nahm Herr Geheimer Sanitätsrat Dr. Stoeter das Wort und zeichnete insbesondere das Verdienst des Toten bei der Schöpfung sozialer Einrichtungen. Für die Sozialdemokratische Partei sprach im Auftrage des Parteivorstandes Genossin Reichstagsabgeordnete Duhaetz. Aus allen Reden klang immer wieder das Bekenntnis, daß der Verstorbene als Mitarbeiter und Kollege rastlos für die sozialen Einrichtungen der Stadt tätig war. Überall, wo er mitgeschuf, spornete er seine Arbeiter und Beamten zur Arbeit an und zollte denen Anerkennung, die eifrig für das Wohl der Kranken arbeiteten. In jungen Jahren wurde ihm durch seine wissenschaftliche Vorbildung die Erkenntnis, daß nur der Arzt mit Erfolg arbeiten kann, der versucht, nicht nur den Kranken zu helfen, sondern vor allem mitarbeitend an der Schöpfung sozialer Einrichtungen, die helfen können, Krankheiten zu verhindern.

Mit Musikvorträgen des Männerquartetts schloß die Trauerfeier. Der Sarg wurde von den Beamten des Verstorbenen zum Leichenwagen getragen und der Zug setzte sich unter Mitführung vieler sozialdemokratischer Banner und unter Beteiligung vieler Kreise der Bevölkerung zum Krematorium in Baumgartenweg in Bewegung.

Wieder ein Eisenbahnunglück.

Unfall des Personenzuges Frankfurt/Main-Berlin.

Beim Rangieren auf dem Bahnhof Bad Köfen sind heute vormittag drei Wagen des beschleunigten Personenzuges 889 entgleist. Der Personenzug, der Frankfurt a. M. abends 11.50 Uhr verließ und 7.15 Uhr vormittags in Bad Köfen eintrifft, mußte, um einen D-Zug vorbeizulassen, auf ein Nebengleis tangiert werden. Durch vorzeitiges Umstellen der Weiche entgleisten drei Wagen. Infolge der geringen Geschwindigkeit fürchten diese aber nicht um, sondern neigten sich nur zur Seite. Ein junges Mädchen jog sich Berlethungen zu, die übrigen Fahrgäste kamen mit dem Schrecken davon. Die Wagen wurden wieder auf die Gleise gehoben und mit einer großen Verstopfung konnte der Zug seine Fahrt fortsetzen.

Erfolgslose Nachforschungen über Veiserde.

Die Bulletins der Reichsbahndirektion über das furchtbare Unglück bei Veiserde lauten täglich gleich trübselig: Man nimmt eine Spur auf, die aber zu keinem Erfolg führt. So haben die Angaben eines Reisenden aus Semtanberg zu keinem Erfolg geführt. Auch eine allerneueste Spur, die nach Braunschweig führt, hat, wie B.Z. bereits aus Hannover meldet, zu keinem Erfolg geführt, jedoch wird versichert, daß noch „eine weitere Reihe von Spuren verfolgt wird“. Man hat sich aber von einem nach Veiserde entsandten Berliner Kriminalisten versichern lassen, daß es sich bei dem Unglück nur um ein Attentat handeln könne. Wie steht es nun aber mit den Feststellungen der Geheimbetriebsräte des Eisenbahnbereichs Berlin, monach 2000 Gleismitarbeiter des deutschen Reichsbahngebietes betriebsunfähig sind? Soll jeder Reisende in Deutschland seine Reise in der Erwartung antreten, von dieser Reise nicht mehr heimzukommen?

Schweres Bergunglück in Amerika.

70 Bergarbeiter eingeschlossen. — 33 Tote bereits geborgen.

In der Nähe von Johnstown sind durch eine Grubenexplosion 70 Bergarbeiter verschüttet worden. Giftgase machen das Eindringen von Hilfsmannschaften in die Mine unmöglich, so daß nach Ansicht der besichtigenden Werke keine Hoffnung mehr darauf besteht, die Einschlossenen noch lebend herauszubringen. 33 Tote wurden bereits geborgen.

Die Toten von Sable Island.

Ueber 50 Seeleute im Sturm untergegangen.

Holljag (Neu-Schottland), 27. August. In der Nähe von Sable Island wurden Trümmer des neuschottländischen Fischschoners Sable Anklie gefunden. Dadurch wird das Gerücht vom Untergang dieses Schiffes und seiner 22 Mann starken Besatzung während des Sturmes vom 13. August bestätigt. Man nimmt an, daß über 50 Mann auf den damals verunglückten Schiffen untergegangen sind.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Firma Wilhelm Joseph, Schöneberg, Hauptstraße 100, rühmt ihre neuartige Herdhaushaltung mit dem 28. August. In den 3 großen Schälentüren der Firma sind die tonangebenden Modifikationen der kammern Salzen ausgeführt. Die Kammern ist seit dem Umstellungsbau herkömmlich groß. Wie wir erfahren, sind sämtliche Schälentüren der Firma am Sonntag, den 29. d. M. werden erleuchtet und empfohlen für eine Befestigung der neuen Herdhaushaltung. Die werden überhört den besten besten Eindruck mit nach Hause nehmen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Geiger; Wirtschaft: Walter Götter; Gewerkschaftsbewegung: E. Steiner; Neukölln: Dr. Johannes Schmalz; Polizei und Gendarmen: Fritz Kahlert; Arbeiter: E. Götter; Familie in Berlin: Dr. G. Götter; Berlin: G. m. b. H. Berlin; Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt: Paul Götter u. Co. Berlin SW 68, Hindenburgstr. 1. — 1000 1000.



VOLKSTÜMLICHE VERKAUF

in fast allen Abteilungen!

Strümpfe

- Damen-Strümpfe **38** Pf. Baumwolle, verstrickt Spitze u. Feine farb.
- Damen-Strümpfe **95** Pf. prima Mako od. Fior, schwarz u. farbige
- Damen-Strümpfe **1** 45 Pf. La. weidener, starke u. reine Qualitäten
- Herren-Socken **48** Pf. Baumwolle, farbige gemustert
- Herren-Socken **95** Pf. La. Baumwolle, neue, moderne Karos

- Kinder-Jäckchen **45** Pf. und Hüschchen Stück
- Gummischürzen **95** Pf. für Kinder, neuform. neu-Muster

Trikotagen

- Damen-Hemdchusen **95** Pf. gewirkt, Baumwolle, Windform, Stück
- Damen-Hosen **1** 95 Pf. und Jacken wolleneitrich, Stück
- Damen-Hemdchusen **1** 95 Pf. feine, gewirkt, echt Mako, Stück
- Damen-Blusen-schoner **2** 45 Pf. reine Woll, viele Farben, Stück
- Herren-Hemden **1** 95 Pf. Mako imitiert, Stück
- Herren-Einsatzhemden **1** 95 Pf. feine und starke Qualität, Stück
- Herren-Hemden **2** 25 Pf. prima wolleneitrich, Stück
- Herren-Hosen **2** 45 Pf. gemustert, m. angenehmem Futter, Stück

- Halbschuhe **8** 50 Pf. und Stiefel für Dam. u. Herren, schwarz, moderne Form, assortierte Größen
- Kinder-Stiefel **5** 50 Pf. u. Halbschuhe von Strapsleren, bequeme Form, Gr. 27-34

Damen-Bekleidung

- Jumper **7** 75 Pf. aus gestreiften Stoffen, mit aparter Bäumchen- und Knopfgarnierung, in vielen Mustern und Größen
- Frauen-Kleider **9** 75 Pf. aus gestr. halbwooll. Stoffen, in mehreren Ausf., auch für starke Damen vorrätig
- Tuchmäntel **13** 75 Pf. aus halbwooll. Stoffen, mit aparter Kragen- und Treasengarnierung
- Tuchmäntel **19** 75 Pf. aus fe. Tuchstoffen in vielen Farben, wie braun, blau, grau usw. 29,75

- Backfisch-Kleider **6** 90 Pf. aus gemusterten halbwoollenen Stoffen, mit aparter Knopf- und Treasengarnierung und langen Ärmeln

Damen-Hüte

- Silkinahut **5** 75 Pf. mod. Form hellfarbig, mit Einfass u. Bandgarn. od. gestrept u. Bandgarnit.
- Sammethut **9** 75 Pf. moderne Glockenform, gesteckter Kopf, zwei- u. Bandgarnit.
- Filzhut **1** 90 Pf. kleine, feine Form, dunkle Farben
- Filzhut **4** 75 Pf. in verschiedenen Farben, mit Einfass und Bandgarnit

Kinder-Bekleidung

- Kinder-Kleider **3** 95 Pf. aus gestreift. u. karierten Barochentoff., mit langen Ärmeln, in vielen Ausf., Gr. 80-100
- Schulanzüge **4** 25 Pf. für Knaben, aus reinen Homespunstoffen, mit abknöpfbaren Matrosenkragen, Größe 0
- Breecheshosen **4** 50 Pf. für Knaben, aus gemischt. halbwooll. Stoffen, viel. Dessins, u. das Alter von 9-14 Jahr., Gr. 7

Herren-Bekleidung

- Anzüge **24** 50 Pf. in dunkl. Farben 59,00, 48,00, 35,00
- Winterjoppen **19** 50 Pf. warm gefüttert
- Winterulster **29** 50 Pf. gute Qualitäten, 48,00, 37,00
- Regenmantel **19** 50 Pf. Ulsterform 29,50, Schließform

- Manchesteranzüge **33** 75 Pf. auf Futter verarbeitet

Damen-Wäsche

- Damen-Hemden **1** 10 Pf. Trägerform, mit Spitze
- Damen-Nachthemden **2** 95 Pf. mit breiter Stickerei
- Damen-Prinzessröcke **1** 95 Pf. mit Stickereieinsatz
- Damen-Hemden **1** 95 Pf. breite Achsel, mit Ein- und Ansatzstickerei
- Damen-Hemdchusen **1** 95 Pf. mit schöner Stickerei

- Büstenhalter **95** Pf. aus Trikot oder Kunstseide
- Hüfhalter **1** 45 Pf. aus Drell oben Gummi, 1 Paar Halter

Herren-Artikel

- Perkal-Oberhemd **4** 90 Pf. gestirnte Brust, 1-steller u. 2-weicher Kragen
- Oberhemd **4** 90 Pf. weiss, mit Rippen-Einsatz und Rippen-Klappmanschetten
- Oberhemd **6** 90 Pf. prima Zephir, 1-steller u. 1-weicher Kragen
- Oberhemd **5** 50 Pf. neueste Pastellfarben, mit 2-Kragen
- Nachthemd **3** 90 Pf. Einsatz, feine Form und mit Kragen
- Taghemd **3** 90 Pf. kräftiges Hemdentuch
- Binder **95** Pf. gross, Answahl, geschmackvolle Muster
- Herren-Filzhut **2** 90 Pf. schöne Herbstfarben

- Leder-Niedertreter **2** 95 Pf. gute, schöne Farb., Herren 3,75, f. Dam.
- Damen-Steppschuhe **1** 95 Pf. mit Kordelschle, in vielen schönen Farben

Kleiderstoffe

- Kostümstoffe **1** 95 Pf. reine Woll, Melang, gestr., gute Qual., ca. 140cm br., Mtr.
- Crépe marocain **1** 95 Pf. reine Woll, Doppeltr., aparte Druckmuster, Mtr.
- Flauschstoffe **2** 95 Pf. reine Woll, ca. 180cm breit, für Sportjacken u. Kostüme, Mtr.

Hauswäsche

- Wischtücher **25** Pf. kariert, Stück
- Küchenhandtücher **48** Pf. Gerstenkörn, m. roter Kante, Stück
- Stubenhandtücher **95** Pf. Jacquardmuster, gutes Halblein, Stück
- Tischtücher **3** 95 Pf. vollweisse Damastmuster, Gr. 180x160, Stück

- Kopfkissenbezüge **1** 25 Pf. mit Bogen, Stück

Baumwollstoffe

- Musselin **52** Pf. imitiert, ca. 80 cm br., für Kleider, Meter
- Hemdenbarchent **62** Pf. weiche Qualität, Meter
- Flanell **68** Pf. gestreift, für Blusen, Meter
- Zephir **95** Pf. ca. 80 cm breit, in modernen Streifen, für Oberhemden, Meter
- Satin **98** Pf. ca. 80 cm breit, in schönen Mustern, Meter

Wäschestoffe

- Nessel **38** Pf. ca. 80 cm breit, Meter
- Hemdentuch **45** Pf. ca. 80 cm breit, starklädig, Meter
- Renforcé **58** Pf. ca. 80 cm breit, gute Qualität, Meter
- Mako **88** Pf. für feine Leibwäsche, Meter
- Linon **1** 15 Pf. Deckbetttücher, Meter

Seidenstoffe

- Damassé **1** 95 Pf. Halbseide, f. Kostüm- und Mantelfutter, haltbare Qualität, Meter
- Waschsamt **2** 95 Pf. ca. 75 cm breit, gute Körperware, in neuen Farben, Meter
- Crépe de Chine **5** 40 Pf. ca. 180cm breit, reine Seide, in vielen Farben, Meter

Gardinen

- Halbstores **95** Pf. 2 75 4 50
- Garnituren **1** 90 2 90 4 50
- Bettdecken **2** 95 3 25 5 75 6 75
- Scheibengardinen **75** Pf. volle Größen, Paar

- Etamin **90** Pf. 3 Meter

Stahlwaren

- Alpaka-Teelöffel **25, 30** Pf.
- Alpaka-Esslöffel **45, 60** Pf.
- Tischbestecke **65, 95** Pf.
- Tischbestecke **50, 85** Pf.
- Tranchierbesteck **2** 95 Pf.
- Einzelne Tischmesser **25** Pf.
- Gemüsemesser **10, 15** Pf.

Emaille

- Trinkbecher **20, 25** Pf.
- Kasserollen **35, 45, 60** Pf.
- Schmortöpfe **75, 95** Pf.
- Volkswannen **1** 65 1 75
- Spülwannen **90** Pf.
- Wassereimer **80** Pf.
- Wassereimer **1** 10 Pf.

Porzellan und Glas

- Tassen **28** Pf. mit Untertassen, Goldrand
- Speiseteller **10** Pf. tief oder flach, Steingut, weiss
- Schüssel **95** Pf. Porzellan, gross, weiss, gerippt
- Mokkaservice **95** Pf. 4 tlg., Streifenblumen
- Kaffeesevice **2** 50 Pf. 5 tlg., 2 Pers.
- Kaffeesevice **4** 50 Pf. 9 tlg., 6 Pers., schönemalend.
- Küseglocken **95** Pf. glatt
- Ascher **95** Pf. geschliffen, gross
- Aufsätze **95** Pf. 2 tlg., Glas, gepresst
- Römer **28** Pf. auf grünem Fuss
- 6 Likörgläser **95** Pf. geschliffen
- 6 Kompotteller **48** Pf. gepresst
- Körbchen **1** 85 Pf. m. Henkel, ca. 14 cm, Bleikristall
- Krüge **3** 50 Pf. 1/2 Liter, Bleikristall
- Kompotteller **3** 45 Pf. ca. 14 cm, Bleikristall
- Geschliffene Vasen **95** Pf.

Aluminium

- Aluminium-Teelöffel **5, 8** Pf.
- Aluminium-Esslöffel **10, 15** Pf.
- Aluminium-Kasserollen **60** Pf.
- Alumin.-Schmortöpfe **90** Pf. Deck.
- Alumin.-Wasserkessel **1** 90 2 25
- Aluminium-Weinkühler **2** 10 Pf. mit zwei Griffen

Holzwaren

- Wäscheklammern **35** Pf. Schöck
- Messerkasten **45, 65** Pf.
- Servierbretter **45, 90** Pf.
- Schnürböcke **1** 95 Pf.
- Holzbretter **25** Pf.
- Ärmelplättbretter **75** Pf.
- Plättbretter **2** 85 Pf. besogen

Gewerkschaftsbewegung

Aufruf an die Beamten.

Helft den englischen Bergarbeitern!

Seit Monaten sehen die englischen Bergarbeiter im schweren Kampfe um die Erhaltung ihrer Löhne und ihrer Arbeitszeit. Trotz größter Not, unerschütterter durch Hunger und Krankheit und Verleumdung halten sie in vorbildlicher Weise die Kampffront.

Siegt das englische Großkapital, dann wird man auch den Versuch machen, den deutschen Arbeitern, Angestellten und Beamten noch schlechtere Lebensbedingungen aufzuzwingen.

Daher ist der Ausgang des englischen Bergarbeiterkampfes für uns von größter Bedeutung.

Beweist eure Solidarität durch die Tat und opfert von euren kärglichen Einkommen schnell und nach besten Kräften.

Der Ortsausschuß erwartet, daß alle seine Mitglieder sich nicht nur an den Sammlungen beteiligen, sondern veranlassen, daß alle Kollegen ohne Unterschied der Organisation zur Hilfeleistung aufgefordert werden.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund (ADB).

Ortsausschuß Groß-Berlin. Weidmann, Felerabend.

Die britischen Bergarbeiter in Deutschland.

Ueber Bochum nach Berlin, Sachsen und Süddeutschland.

Bochum, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Eine Delegation des Exekutivkomitees der britischen Bergarbeiterorganisationen, und zwar das Parlamentsmitglied Tom Cape und der Sekretär des Distrikts Northumberland, Jack Gillian, sind in Bochum eingetroffen, um dem Vorstand des dortigen Bergarbeiterverbandes über die Lage in England zu berichten und die Frage des finanziellen Hilfswerks zugunsten der britischen Bergarbeiter zu besprechen.

Die beiden Bergarbeiterführer erklärten, daß die Berichte über die Zermürbung der Bergarbeiterschaft in England nicht den Tatsachen entsprechen, und in ganz England nur 25 000 Bergleute die Arbeit wieder aufgenommen hätten. 850 000 Bergarbeiter befänden sich noch im Streik. Die britischen Bergarbeiter wüßten, daß die nächsten vier Wochen die Entscheidung bringen müßten. Sie würden trotz der elenden Lage, in der sie sich befinden, diese entscheidenden vier Wochen abwarten und vertrauten auf die Hilfsaktion der internationalen Arbeiterschaft.

Was die augenblickliche Lage des Streits anbetrifft, so sei festzustellen, daß die Grubenbesitzer keine Verständigung wollen und jedes Bestreben nach Verhandlungen sabotierten.

Von Bochum aus wird sich die Delegation nach Berlin, von dort nach Dresden und Leipzig, vielleicht auch nach Süddeutschland begeben.

Zusammenstöße englischer Bergarbeiter mit der Polizei.

London, 27. August. (Neuter.) Infolge der Ablehnung der Forderung der Bergarbeiter, daß die Sicherheitsposten von den Gruben zurückgezogen würden (?), brachen in St. Helens (Lancashire) Unruhen aus, bei denen es zu Zusammenstößen zwischen 3000 Bergleuten und Polizei kam. Es zeigte ein allgemeiner Steinewurf gegen die Polizei ein, worauf diese vorging und die Menge zerstreute. Durch Steinwürfe wurden diese Polizeibeamten verletzt und sämtliche Fenster Scheiben des Eisenbahnhofs zertrümmert.

Die Gelben sind in Rußland willkommen.

Sozialdemokraten, die Rußland kennen, nicht.

Die „Rote Fahne“ stellt sich dümmmer als die Tscheta erlaubt. Sie erzählt, daß die Gewerkschaftsführer die Anträge der sogenannten Opposition, Delegationen nach Rußland zu schicken, immer zu Fall gebracht hätten. „Die Reformisten bestehen darauf,“ schreibt die „Rote Fahne“ weiter, „als Dolmetscher Menschewisten mitzunehmen, die wegen ihrer konterrevolutionären Tätigkeit Rußland verlassen mußten.“

Die armen Leser der „Roten Fahne“ werden sich an den Kopf greifen. Wenn die Gewerkschaftsführer alle Anträge auf Entsendung von Delegationen nach Rußland zu Fall gebracht haben, wie konnten sie gleichzeitig von der russischen Regierung verlangen, daß diese den Dolmetschern die Einreise gestatten, die von den Gewerkschaftsführern dazu ausgesucht worden sind?

Und warum hat die russische Regierung diesen Menschewisten die Einreise nicht gestattet? Die „Rote Fahne“ sagt, weil diese Menschewisten „konterrevolutionäre“ sind. Das will im Munde der „Rote Fahne“ so gut wie gar nichts bedeuten. Man kann Bolschewist sein, heute von ihr als Ausbund revolutionärer Talents und morgen als konterrevolutionär und Agent der Bourgeoisie hingestellt werden.

Was bedeutet es also, wenn die „Rote Fahne“ unsere russischen Genossen als konterrevolutionär hinstellt? Das bedeutet weiter nichts, als daß diese russischen Sozialdemokraten der russischen Tscheta nicht genehm sind, weil sie in politischen Fragen sich erlauben, eine eigene Meinung zu haben. Was würde z. B. die „Rote Fahne“ von einer deutschen Regierung sagen, die deutschen Kommunisten die Einreise nach Deutschland verbieten würde?

Während aber die russische Regierung diesen Sozialdemokraten, die in jahzehntelangen Kämpfen gegen den Zarismus, die unter der Sowjetregierung in den Kämpfen gegen die Weißgardisten ihre revolutionäre Gesinnung ganz anders bekundet haben, als so viele, die sich heute in Rußland zur herrschenden Partei zählen dürfen, während man diesen erprobten Vorkämpfern des Proletariats, die außerdem noch russische Staatsangehörige sind, die Einreise nach Rußland verweigert, öffnet man gleichzeitig dem Führer der Weissen, dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Geisler die Tore. Mit Geisler dürfen auch harmlose „Arbeiterdelegierte“, die keine Ahnung von den russischen Verhältnissen haben und der russischen Sprache unkundig sind, an den Vorfürungen teilnehmen, die die russische Regierung für sie veranstaltet. Deshalb ist es notwendig, folgendes Geständnis der „Roten Fahne“ festzuhalten. Es schreibt:

„Es ist klar, daß ein russischer Konterrevolutionär, der sich in Rußland auskennt, nicht in alle Städte, Betriebe und Sowjetinstitutionen hineingelassen werden kann, während unsere russischen Genossen den Velpart, Larnow, Grahmann die Tore öffnen würden, obwohl über ihre Gesinnung kein Zweifel bestehen kann.“

Es ist sehr gütig von der „Roten Fahne“, daß sie die Führer der deutschen Gewerkschaften nicht schlechter behandeln will als Geisler und die Weissen. Sie selbst aber stellt fest, daß Leute, die sich in Rußland auskennen, nicht hineingelassen werden, sofern sie keine abgestempelten Bolschewisten sind. In einem hat also das Sowjetparadies eine entschiedene Ähnlichkeit mit dem Paradies der alten Legende: Es fehlen nicht die Engel mit dem feurigen Schwert.

Streik der Kraftdroschkenführer bei Panzer.

Seit gestern früh stehen bei der dem Schebera-Konzern angehörenden Firma Panzer A.-G., Badstraße, 250 Kraftdroschkenführer im Streik. Die Kraftdroschkenführer erhalten, wie dies in den meisten Betrieben üblich ist, keinen festen Wochenlohn, sondern von der Tageseinnahme einen bestimmten Prozentsatz — als Entgelt. Die Direktion der Firma verweigert nun, ohne dem Betriebsrat davon Mitteilung zu machen, eine Verminderung der Prozente vorzunehmen, indem sie von dem für Gepäck erhobenen Zuschlag, der bisher den Fahrern ganz zufiel, auch nur einen Prozentsatz auszahlen wollte.

Diese diktatorische Kürzung des ohnehin schon targa Einkommens nahmen die Kraftdroschkenführer nicht ohne weiteres hin. Sie riefen ihre Organisation, den Deutschen Verkehrsbund, an, dessen Vertreter es aber in den Verhandlungen mit der Firma nicht gelang, eine Verständigung herbeizuführen, da diese hartnäckig auf ihrer Forderung bestand. Die Belegschaft beschloß daraufhin in einer gestern vor Betriebsanfang abgehaltenen Versammlung einstimmig, sofort die Arbeit einzustellen. Der Betrieb liegt seit gestern früh völlig still.

Die im Abwehrkampf stehenden Fahrer werden heute abend gemeinsam mit denen der übrigen dem Schebera-Konzern angehörenden Großbetriebe im Gewerkschaftshaus die weiteren notwendigen Maßnahmen beschließen.

Sohnabbauethoden in der Eisenkonstruktion.

Die Branchensammlung der Eisenkonstruktionsarbeiter am Donnerstag beschäftigte sich eingehend mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen in dieser Branche.

Obwohl in der Eisenkonstruktion im Verhältnis zu anderen Industrien noch eine selbstlich gute Konjunktur herrscht, versuchen die Unternehmer die Akkordlöhne zu verschlechtern. In der Eisenkonstruktion ist wohl eine Arbeit der anderen ähnlich, selten aber lehren die gleichen Arbeiten wieder. Feststehende Akkordpreise gibt es deshalb fast gar nicht, nahezu jede Arbeit wird neu kalkuliert. Das wird von den Unternehmern dazu benutzt, die Akkordpreise zu drücken, was von den Arbeitern meist nicht gleich zu Beginn der Arbeit erkannt wird.

In den Betrieben, wo das Organisationsverhältnis ganz gut ist, gelingt es in den meisten Fällen, gegen Beendigung der Arbeit den verschleierten Abbau der Akkordpreise abzumehren. In den schlecht organisierten Betrieben ist das aber meist nicht der Fall. Hier versuchen also die Betrogenen den Verdienstausfall durch intensive Arbeitsleistung und Ueberstundenarbeit weitzumachen, um danach wieder die Betrogenen zu sein.

Das Großkraftwerk Rummelsburg ist ein typisches Beispiel dafür. Nach dem mit bewundernswerter Geschlossenheit und Fähigkeit geführten Streik waren die Arbeitsverhältnisse auf dem Neubau verhältnismäßig gut geregelt. Wie sieht es heute dort aus?

Fast noch ärger als vor dem Streik. Die Ueberstunden- schieberei und Sonntagsarbeit ist wieder in voller Blüte. Die Unternehmer halten sich nicht an die bei Beendigung des Streiks abgeschlossenen Löhne, sondern zahlen, was ihnen gefällt. Wer sich dem nicht fügt, dem wird bedeutet, er könne sich ja lohnendere und bessere Arbeit suchen. Der Organisation hat man nicht die Treue gehalten, wie man es während des Streiks nicht laut genug versprechen konnte.

Ganz so schlimm sieht es natürlich in den anderen Betrieben nicht aus. Soll aber den bis jetzt nur noch schüchtern einsetzenden Abbauversuchen der Unternehmer wirksam Einhalt geboten werden, dann ist es notwendig, daß die gesamte Arbeiterschaft der Eisenkonstruktion sich fester als bisher in der Organisation zusammenschließt.

Folgen eines dummen Streiches.

Nach einer Sitzung des Betriebsrats der Städtischen Entwässerung übergab ein Betriebsratsmitglied R. dem Mitglied B. zwei Schriftstücke, die er der Stenotypistin zur Abschrift übergeben sollte. Das eine war ein amtliches Schriftstück des Betriebsrats, das andere war zum privaten Gebrauch bestimmt. Es trug die Ueberschrift „Liebesbrief“, stellte sich im Zusammenhang gelesen, als harmloser Unsinn, mit zeilenweisen Auslassungen gelesen aber als unflätige Schmutzerei dar. Die Stenotypistin erkannte den Charakter der Sudelei. Sie erstattete Anzeige beim Bureauvorsteher. Die weitere Folge war, daß R., der Urheber dieser Angelegenheit, auf Verlangen des Betriebsrats sein Amt niederlegte. Die Verwaltung erklärte, auch B. sei mitschuldig. Sie wollte ihn deshalb in eine andere Abteilung der städtischen Betriebe versetzen, wodurch er seine Eigenschaft als Mitglied des Betriebsrats verloren hätte. Der Betriebsrat verweigerte seine Zustimmung zur Versetzung, denn er ist überzeugt, daß B., als er den Auftrag des R. an die Stenotypistin weitergab, den unflätigen Inhalt des Schriftstücks nicht gekannt hat. Der Betriebsrat ist der Meinung, die Verwaltung wolle diese Gelegenheit benutzen, um B., der sich in unflätiger Weise der Interessen der Arbeitnehmer annehme und sich dadurch bei seinen Vorgesetzten mißliebig gemacht habe, aus dem Betriebsrat zu entfernen.

Die Verwaltung bestreitet das. Sie folgert aus gewissen Umständen, daß B. den Inhalt des Nachwerks gekannt habe. Sie beantragte deshalb beim Gewerbegericht, die Zustimmung zur Versetzung des B. zu erteilen.

Das Gericht gab diesem Antrage statt mit der Begründung: Schon die Anfertigung privater Schriftstücke durch die von der Verwaltung gestellte Stenotypistin sei eine Ungehörigkeit. Hier handle es sich um ein so unflätiges Nachwerk, um eine so grobe Ungehörigkeit, daß die Versetzung des B. begründet sei.

So hat sich also nicht nur R. durch seinen unglücklich dummen Streich aus dem Betriebsrat ausgeschlossen, sondern auch ein zweites, anerkannt tüchtiges Betriebsratsmitglied mitgerissen. So ein bodenloser Leichtsinns kann gerade vom Standpunkte der Arbeiterinteressen aus nicht scharf genug verurteilt werden. Als Betriebsrat soll man keine Dummejungenstreiche machen.

Drohender Kampf der österreichischen Postangestellten.

Wien, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag nachmittag teilte der Bundeskanzler den Vertreter der Postangestellten mit, daß ihre Forderung nach einer Erhöhung des Mindestgehalts finanziell kaum tragbar sei und er von seinem Standpunkt nicht abgehen könnte. Nachdem er trotz wiederholter eindringlicher Darlegungen der Postangestellten dabei blieb, erklärten die Vertreter der Postangestellten, daß sie die Verhandlungen infolge der ablehnenden Haltung der Regierung als gescheitert betrachten müßten. Am Freitag wird ein Aktionskomitee gebildet werden; nachmittags soll der erweiterte Gewerkschaftsvorstand die endgültigen Beschlüsse fassen.

Die Postgewerkschaft veröffentlicht eine Erklärung, in der sie die Verantwortung für das Scheitern der Verhandlungen auf die Regierung schiebt und die Verantwortung für die sich zwangsläufig ergebenden Folgen ablehnt.

Die Räume des Ortsausschusses des ADB. werden am Freitag, den 27. August 1926, auf Beschluß des Gesamtvorstandes vom 16. August 1926 nach der Johannisstraße 14/15 in die Räume der Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten, Verbandsgruppe I, verlegt. Fernruf: Norden 5788. Die juristische Sprechstunde des Ortsausschusses beginnt am Mittwoch, den 8. September d. J., und zwar in regelmäßiger Folge: Montag und Mittwoch von 5 bis 7 Uhr abends in den Räumen des Ortsausschusses, Berlin Norden, Johannisstraße 14/15.

Einsegnungs-Anzüge Herbst-Neuheiten

- Blauer Cheviot 2 reihig, Größe 38 M. 30.-
Blauer Cheviot bewährte Qualität, 1 und 2 reihig Gr. 38 M. 36.-
Marengo-Cheviot sehr dauerhaft, Gr. 38 M. 43.-
Blauer Woll-Cheviot solide Qualität, Gr. 38 M. 47.-
Reinwollener Cheviot in blau, schwarz u. marengo Gr. 38 M. 57.-
Kammgarn-Cheviot blau, besonders haltbar, Gr. 38 M. 63.-
Melton-Cheviot in blau, schwarz und marengo, Gr. 38 M. 75.-
Twill-Kammgarn blau und schwarz, sehr elegant, Gr. 38 M. 89.-
Smoking-Anzug schwarzer Melton-Cheviot mit Seiden- spiegel, Gr. 38 M. 82.-
Sakko-Anzüge in vielen Farben und modernen Formen, Gr. 38 von M. 30.- an



- Herren-Ulster moderne Muster in den neuesten Formen M. 11.- 65.- 59.- 55.- 49.- 38.-
Herren-Ulster prima Gabardine und Whipcordstoffe M. 110.- 101.- 97.- 80.- 82.-
Marengo-Paletots gute Stoffe in Melton und Cheviot M. 90.- 77.- 65.- 48.-
Herren-Gabardine-Mäntel in Schlüpf- und zweireihiger Form mit Gurt M. 82.- 75.- 65.- 57.-
Sakko-Anzüge haltbare Stoffe in moderner Musterung M. 65.- 55.- 49.- 36.-
Sakko-Anzüge prima Stoffe, gediegene Qualitäten M. 97.- 89.- 82.- 75.-
Blauer Sakko-Anzüge erprobte Qualitäten in eleganter Ausführung M. 110.- 97.- 89.- 77.- 63.-
Sport-Anzüge vierteljährig, mit kurzer und langer Hose, in den neuesten Farben und Formen M. 110.- 97.- 82.- 63.-
Loden-Mäntel prima imprägnierte Stekloden, dauerhafte Qualitäten, in Schlüpf- und Mantelformen M. 87.- 80.- 33.-
Gummi-Mäntel in Körper- und Cheviotstoffen, prima Gummierung M. 35.- 27.- 24.- 14.50

- Oberhemden weiß 5.75
Schleifenbinder 1.25
Glacéhandschuhe 3.75
Unterwäsche, Kragen, Hüte usw.

- Kieler Anzüge prima Stoffe, für 3 Jahre M. 50.- 38.- 20.-
Kieler Pyjacks beste Ausführung, für 3 Jahre M. 22.- 16.- 12.-
Ulster u. Schlüpf- mod. Musterung, für 3 Jahre, M. 25.- 17.- 11.-
Windjacken imprägn. Körper- u. Gabardine-Stoffe für 10 Jahre M. 12.- 10.50 6.75

Leineweber Berlin C, Köllnischer Fischmarkt 4-6

